

Gornig, Martin

**Article — Digitized Version**

## Beschäftigungspotentiale des Dienstleistungsbereichs in ostdeutschen Städten: Das Beispiel Brandenburg

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Gornig, Martin (1991) : Beschäftigungspotentiale des Dienstleistungsbereichs in ostdeutschen Städten: Das Beispiel Brandenburg, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 0340-1707, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 60, Iss. 1/2, pp. 65-75

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/141011>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Beschäftigungspotentiale des Dienstleistungsbereichs in ostdeutschen Städten

## Das Beispiel Brandenburg

von Martin Gornig

### 1. Vorbemerkungen

Mit der Vereinigung beider deutscher Staaten haben sich die ökonomischen Entwicklungsbedingungen der Dienstleistungen in ostdeutschen Städten einschneidend verändert. Die Kommunen müssen auf die veränderten Bedingungen reagieren. Dies gilt im besonderen für den Städtebau und die Stadtentwicklungsplanung. Der Städtebau muß sich daher frühest möglich auf erkennbare und denkbare Veränderungen einstellen. Um dies leisten zu können, ist es notwendig, Vorstellungen darüber zu entwickeln,

- welche Aufgaben die Städte zukünftig wahrnehmen werden,
- welche wirtschaftlichen Aktivitäten damit verbunden sind und
- welche Anforderungen sich daraus an das städtebauliche Umfeld ergeben.

Angesichts der enormen Unsicherheiten über die gegenwärtige Entwicklung in den neuen Bundesländern ist allerdings eine Bestimmung der zukünftigen Aufgabenschwerpunkte einzelner Städte nur bedingt möglich. Im folgenden wird anhand des Beispiels der Stadt Brandenburg versucht, in unterschiedlichen Szenarien die Entwicklungspotentiale des Dienstleistungsbereichs bei alternativen Prioritätensetzungen abzugreifen<sup>1</sup>.

### 2. Funktionswandel der Städte

Ein Hauptproblem der Städte in den neuen Bundesländern ist — neben den ökonomischen Umstellungsschwierigkeiten — die Anpassung städtischer Funktionen an die Anforderungen moderner Volkswirtschaften. Hierbei geht es im wesentlichen darum, den Funktionswandel, der in den westdeutschen Städten nach 1945 stattgefunden hat, in Ostdeutschland in sehr kurzer Zeit nachzuholen.

Bis zum Zweiten Weltkrieg waren die Städte — trotz zunehmender tertiärer Funktionen vornehmlich in den großen Zentren — durch die Industrialisierung geprägt

(Croon 1963). In den fünfziger und sechziger Jahren deutete sich in Westdeutschland jedoch schon ein Funktionswandel an. In den großen Städten wuchs zwar die Beschäftigung in der Industrie weiter, zunehmender Flächenbedarf und starker Arbeitskräftemangel begrenzten jedoch die Expansionsmöglichkeiten der Betriebe. Es begann eine Auslagerung der Industrie aus den Zentren in das Umland. Viele mittelgroße Städte konnten dabei von dieser Entwicklung profitieren und hatten einen erheblichen Anstieg der Industriebeschäftigung zu verzeichnen (Böventer 1987; Boustedt 1966). Seit den siebziger und insbesondere zu Beginn der achtziger Jahre ging aber auch in den meisten mittelgroßen Städten Westdeutschlands die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe deutlich zurück. Gleichzeitig beschleunigte sich das Wachstum der Dienstleistungen (Heuer 1985; Füllenkemper 1981).

Getragen wurde dieses Wachstum in westdeutschen Städten wesentlich von den unternehmensorientierten Dienstleistungsbereichen. Zunehmende internationale Konkurrenz, verstärkte Diversifizierung der Produktpalette und erhöhte technologische Anforderungen steigerten den Bedarf an Beratungs-, Finanzierungs-, Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten. Deutliche Zuwächse realisierten aber auch personen- und haushaltsorientierte Dienstleistungen. Bei steigendem Einkommen der Haushalte profitierten davon besonders der Handel, das Kreditgewerbe und Freizeitdienstleistungen sowie das Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen (Güttler u.a. 1989, Bade 1987).

Zu Beginn der neunziger Jahre liegt damit der Aufgabenschwerpunkt der meisten auch mittelgroßen Städte in Westdeutschland nicht mehr im Industriesektor, sondern im Dienstleistungsbereich. Auch für die Städte in Ostdeutschland ist von einem derartigen Funktionswandel auszugehen, obwohl zum jetzigen Zeitpunkt genaue Aus-

<sup>1</sup> Grundlage für diesen Beitrag ist eine Untersuchung des DIW über die Innenstadt Brandenburg im Auftrage der Gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft mbH, Berlin, Januar 1991.

sagen zur Dynamik und Struktur dieser Entwicklung kaum möglich sind und deutliche Unterschiede in den Entwicklungsbedingungen bestehen.

Der Industriesektor steht in den neuen Bundesländern vor großen Problemen. Viele Industrieprodukte können sich preislich, vor allem aber in der objektiven wie subjektiven Produktqualität im Wettbewerb nicht behaupten. In einigen Fällen besteht angesichts steigender Lohn- und Umweltschutzkosten auch kaum die Möglichkeit, die Produktion unter den veränderten Rahmenbedingungen aufrechtzuerhalten. Betriebsschließungen sind unvermeidbar. Aber auch wenn eine Anpassung an internationale Wettbewerbsbedingungen gelingt, wird dies oft nur durch eine massive Rationalisierung der Produktion und Beschäftigungsabbau möglich sein. (z.B. DIW 1990, Vogler-Ludwig 1990).

Bei der Betrachtung einzelner Städte können diese Probleme verdichtet auftreten, da zum einen in Ostdeutschland die Industrie noch stark auf städtische Regionen konzentriert ist und zum anderen oft nur wenige Großbetriebe die Industriestruktur bestimmen (Scherf u.a. 1990). Im Beispielfall der Stadt Brandenburg liegt ein besonderes Gefährdungspotential in der einseitigen Ausrichtung des produzierenden Gewerbes. Neben der dominierenden Eisen- und Stahlverarbeitung und einiger Weiterverarbeitungsbetriebe sind nur noch das Bekleidungs-gewerbe und die Herstellung von Baufertigteilen bedeutende Arbeitgeber in der Stadt. Zwar könnte sich aufgrund des Vorleistungsbedarfs für die Modernisierung der Infrastruktur und den Wirtschaftsbau die Nachfrage in diesem Bereich vergleichsweise günstig entwickeln. Wenn es den einzelnen Betrieben aber nicht gelingt, daran zu partizipieren, könnte der Beschäftigungsabbau in der Stadt überdurchschnittlich hoch sein.

Unter weitaus günstigeren Vorzeichen steht die Entwicklung der Dienstleistungen in den neuen Bundesländern. Eine Steigerung der Effizienz der Produktionsprozesse und eine Verbesserung der Produktqualität und des Absatzes der Warenproduktion ist nur denkbar, wenn es zu einer deutlichen Ausweitung der Beratungs-, Finanzierungs-, Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten kommt. Auch wenn Qualifikationsengpässe bestehen und eine Reihe von Industriebetrieben geschlossen werden, ist dennoch mit einer deutlichen Beschäftigungszunahme auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bei unternehmerorientierten Dienstleistungen zu rechnen (Görzig, Gornig 1991).

Von einer hohen Dynamik ist auch bei den privaten haushaltsorientierten Dienstleistungen auszugehen. Die bisherigen Kapazitäten in den Bereichen Handel, Kredit- und Versicherungswesen, Gastgewerbe usw. reichen auch unter Berücksichtigung des zur Zeit noch geringen Einkommensniveaus nicht aus, den Bedarf zu decken. Hierfür spricht auch die bisherige Konzentration westlicher Investitionen in den Vertrieb und die hohe Zahl von Gewerbeanmeldungen in diesem Bereich. Eine deutliche Zunahme

der Beschäftigung in diesen Bereichen ist daher wahrscheinlich (Lange u.a. 1990).

Zumindest vorübergehend ungünstiger ist die Situation im Bereich der öffentlichen Verwaltung und des Sozial- und Gesundheitswesens. In Westdeutschland hat sich in diesen Bereichen über die Jahrzehnte eine Arbeitsteilung zwischen Kommunen, Ländern, Sozialversicherungsträgern, Organisationen ohne Erwerbscharakter und privaten Unternehmen entwickelt. In den neuen Bundesländern werden diese Aufgaben zur Zeit fast ausschließlich von öffentlichen Trägern wahrgenommen, die finanziell damit völlig überfordert sind. Obwohl im Vergleich mit Westdeutschland die personellen Kapazitäten in der öffentlichen Verwaltung und im Gesundheitswesen durchschnittlich gesehen kaum größer sind, ist daher zumindest mittelfristig mit einem Beschäftigungsabbau zu rechnen (DIW 1990).

Die Chancen der Städte, von der insgesamt dennoch positiven Entwicklung im Dienstleistungsbereich zu profitieren, sind vergleichsweise günstig. Der Anpassungsprozeß des Industriesektors läßt trotz fehlender Leitungsfunktionen bei vielen Zweigniederlassungen (Gräber u.a. 1986) eine steigende Nachfrage bei unternehmerorientierten Dienstleistungen erwarten, zumal diese Dienste städtische Standorte bevorzugen. Allerdings hängt dies auch davon ab, inwieweit es gelingt, die ansässigen Industrieunternehmen zu konsolidieren und ob es zu Neuan-siedlungen in den Städten oder ihrem Umland kommt.

Im Bereich privater haushaltsorientierter Dienstleistungen wird insbesondere der Einzelhandel und das Kredit-gewerbe in den meisten Städten überdurchschnittlich an Bedeutung gewinnen. In der ehemaligen DDR ist mit Ausnahme Ostberlins versucht worden, eine relativ gleichmäßige Verteilung der Dienste in diesen Bereichen zu erreichen, ohne daß besondere zentralörtliche Schwerpunkte gesetzt wurden. Aufgrund ihrer Funktion als Oberzentren besitzen daher gerade die Städte einen besonderen Nachholbedarf.

Bei der öffentlichen Verwaltung allerdings wird die Notwendigkeit zum Beschäftigungsabbau in manchen Städten deutlich höher sein als im Durchschnitt der ehemaligen DDR. Im besonderen Maße gilt dies für Ostberlin und die ehemaligen Bezirksstädte, die nicht Landeshauptstädte werden.

### **3. Schätzung auf der Basis von Vergleichsstädten**

Der zu erwartende Wandel der städtischen Funktionen stellt enorme Anforderungen an den Städtebau. Die Transformation von der planwirtschaftlichen Industrie- zur marktwirtschaftlichen Dienstleistungsstadt verändert dabei nicht nur die Struktur des Flächenbedarfs und der Verkehrsströme, sondern läßt auch insgesamt die Stadtentwicklungsplanung in ihrer Funktion als Standortfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung bedeutender werden

(Heinz 1990; Hull, Hjern 1987). Um dem Rechnung zu tragen, ist hier ein Analyseansatz entwickelt worden, der eine quantitative Abschätzung der Größenordnung der Veränderungen durch den Funktionswandel ermöglicht.

In regionalen Prognosen für die alte Bundesrepublik ist ein wesentlicher Ansatzpunkt zur Quantifizierung von zukünftigen Veränderungen der bisherige Entwicklungstrend der jeweiligen Region (Peschel 1989). Angesichts der besonderen Umbruchsituation in den Städten der ehemaligen DDR lassen sich mit diesem Instrumentarium kaum künftige Perspektiven für die Städte ableiten. Eher ist zu erwarten, daß bei zumindest längerfristig ähnlichen Rahmenbedingungen die Stadtentwicklung in Ostdeutschland sich an westdeutschen Verhältnissen orientieren wird. Es bietet sich daher an, Anhaltspunkte für die künftige Entwicklung einzelner Städte aus einem Vergleich mit Städten in der alten Bundesrepublik zu gewinnen, die durch ähnliche Strukturmerkmale gekennzeichnet sind.

Die Stadt Brandenburg ist mit mehr als 90 000 Einwohnern und über 50 000 Beschäftigten eines der bedeutendsten Mittelzentren in Ostdeutschland. Prägend für die historische Entwicklung Brandenburgs war seine Nähe zum Großraum Berlin-Potsdam. Auch künftig, wenn die Stadthälften Berlins wieder zu einer Agglomeration zusammenwachsen, wird dieser Einfluß dominierend sein (Müller, Pfeiffer 1990; Neumann, Usbeck 1989).

Das Umland Brandenburgs ist — wie die nördlichen Teile der ehemaligen DDR — weitgehend ländlich geprägt. Bis zu 25 vH der Beschäftigten in diesem Gebiet sind in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Für den Umlandkreis Brandenburg-Land hat die Stadt zentralörtliche Bedeutung. Auch Gemeinden in den Kreisen Rathenow, Belzig, Genthin und teilweise auch Nauen sind stark mit Brandenburg verflochten. Dies wird auch darin deutlich, daß 1989 von den rund 50 000 Arbeitsplätzen mehr als 6 000 von den

Bewohnern des Umlandes besetzt wurden (Schreiner u.a. 1990). Für eine Abschätzung der zukünftigen Beschäftigungsstrukturen in Brandenburg bietet sich daher ein Vergleich mit bundesdeutschen Städten an, die

- eine ähnliche Einwohnerzahl,
- eine entsprechende Lage zu einer Großagglomeration und
- ein eher ländliches Umland

haben. Von den westdeutschen Stadtregionen sind nach diesen Kriterien Neumünster, Lüneburg, Aschaffenburg, Amberg, Ingolstadt und Rosenheim im weiteren Sinne am ehesten geeignet, für den Städtevergleich herangezogen zu werden (Tabelle 1).

Die Auswahl der Vergleichsstädte orientiert sich dabei ausschließlich an wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten. Wirtschaftsstrukturelle Merkmale sind nicht berücksichtigt worden, da in der jetzigen Umbruchphase die bisherige Wirtschaftsstruktur Brandenburgs nur bedingt Rückschlüsse auf die zukünftigen Aktivitätsschwerpunkte der Stadt zuläßt. Somit gibt gerade die Unterschiedlichkeit in der Wirtschaftsstruktur der Vergleichsstädte die Möglichkeit, verschiedene Optionen für die künftige Entwicklung in Brandenburg darzustellen (Tabelle 2).

In den Städten Lüneburg und Rosenheim ist der Industriebereich nur gering ausgeprägt. Handel und Dienstleistungen hingegen stellen weit über 50 vH der Arbeitsplätze. Auch in Neumünster, Aschaffenburg und Amberg ist der Dienstleistungsbereich dominierend. Die Industrie besitzt nach einer erheblichen Rückführung in den letzten Jahrzehnten aber immer noch eine große Bedeutung für die Wirtschaft dieser Städte. In Ingolstadt dagegen ist noch heute die Industrie der prägende Faktor der Stadt. Deutlich über 50 vH der Beschäftigten arbeiten in diesem Bereich, der von einem Großunternehmen im Automobilbau dominiert wird.

Tabelle 1

**Charakteristika Brandenburgs und westdeutscher Vergleichsstädte**

	Brandenburg	Neumünster	Lüneburg	Aschaffenburg	Amberg	Ingolstadt	Rosenheim
Einwohnerzahl in 1000 Personen	93	78	59	61	42	96	53
Einwohnerzahl des Umlandes in 1000 Personen <sup>1)</sup>	350	320	370	370	220	450	310
Zentrum der Agglomeration	Berlin	Hamburg	Hamburg	Frankfurt	Nürnberg	München	München
Entfernung zur Agglomeration in km <sup>2)</sup>	60	60	50	40	50	70	40
Einwohnerzahl der Agglomeration in 1000 Personen	3 970	2 772	2 772	3 106	1 158	2 252	2 252

<sup>1)</sup> Wegen der ungenügenden Datenverfügbarkeit mußte eine sehr weite Abgrenzung vorgenommen werden. — <sup>2)</sup> Luftlinie zum Stadtzentrum.

Quellen: Fege, B., Göbel, M., Jung, H.-U., Regionalreport der DDR 1990, Berlin-Karlshorst/Hannover 1990; Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 1, 1988; Berechnungen des DIW.

Tabelle 2

## Beschäftigungsstruktur Brandenburgs 1989 im Vergleich

Wirtschaftszweige	Brandenburg	Frankfurt (Oder)	ehemalige DDR	Neumünster	Lüneburg	Aschaffenburg	Amberg	Ingolstadt	Rosenheim
	Anteile in vH								
Landwirtschaft <sup>1)</sup>	0,9	3,4	10,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,1	0,4
Produzierendes Gewerbe <sup>2)</sup>	39,6	29,9	40,2	29,8	21,6	34,6	36,3	51,6	25,6
Bauwirtschaft	13,8	6,7	6,4	7,3	5,3	5,8	7,4	5,8	7,3
Verkehr	13,6	12,1	7,5	8,1	4,6	7,0	3,8	4,5	7,6
Handel <sup>3)</sup>	10,2	13,4	10,3	17,9	17,3	16,2	15,4	10,0	19,3
Dienstleistungen <sup>4)</sup>	21,9	34,6	24,8	36,5	51,1	36,2	37,0	28,0	39,7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) In der Arbeitsstättenzählung nur teilweise erfaßt. — 2) Ohne Bauwirtschaft. — 3) Einschließlich Gastgewerbe. — 4) Einschließlich Staat, ohne Gastgewerbe.  
*Quellen:* Berufstätigenzählung der DDR 1989; Arbeitsstättenzählung 1987 und Beschäftigtenstatistik 1989 der Bundesrepublik; volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Bundesrepublik 1989; Berechnungen des DIW.

Die Beschäftigungsstruktur der Stadt Brandenburg weist demgegenüber mit etwa 40 vH einen Anteil des verarbeitenden Gewerbes aus, der geringer ist als in Ingolstadt, aber höher als in allen anderen Vergleichsstädten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß eindeutig industrielle Fertigungen, wie die Produktion von Fertigteilen und Gleiskörpern, nicht dem verarbeitenden Gewerbe, sondern dem Baugewerbe und dem Verkehrssektor zugeordnet sind. Rechnet man die Beschäftigten in diesen Großbetrieben hinzu, erreicht auch in Brandenburg der Bereich des produzierenden Gewerbes einen Beschäftigtenanteil von über 50 vH. Handel und Dienstleistungen sind hingegen unterentwickelt. Sowohl im Anteil an der Beschäftigung als auch je Einwohner gerechnet wird noch nicht einmal der Durchschnitt in der ehemaligen DDR erreicht.

Um aus einem Vergleich mit den westdeutschen Städten Szenarien für die Entwicklung von Handel und Dienstleistungen entwickeln zu können, ist es erforderlich, eine detaillierte Analyse der wirtschaftlichen Aktivitäten in diesem Bereich vorzunehmen. Für die westdeutschen Städte sind hier die Arbeitsstätten- und Volkszählung von 1987 und die Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit von 1987 und 1989 herangezogen worden. Vergleichbare — wenn auch weniger tief gegliederte Informationen — sind für Brandenburg aus der Berufstätigenzählung von 1989 entnommen worden.

Um festzustellen, welcher Ausstattungsbedarf sich aus dem Vergleich mit westdeutschen Verhältnissen ergibt, ist die Beschäftigung je Einwohner in den einzelnen Dienstleistungszweigen berechnet worden. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß trotz des eher ländlichen Umlandes in allen westdeutschen Städten die Bevölkerungsdichte dort weit höher ist als in Brandenburg. Ansatzpunkt der Abschätzung der spezifischen Bedeutung des Umlandes für den Dienstleistungsbereich ist die Relation der Einwohnerzahl

der Stadt zur Einwohnerzahl des Umlandes (vgl. Tabelle 1). Für den Vergleich der westdeutschen Städte mit Brandenburg ist anhand dieser Relation ein Abschlag von 10 vH bis 40 vH der Beschäftigung vorgenommen worden. Auf dieser Basis konnten dann die Einzelergebnisse anhand der Einwohnerzahl Brandenburgs hochgerechnet werden, so daß ein direkter Vergleich mit den bisherigen personellen Kapazitäten der Stadt im Handel und den Dienstleistungen möglich war.

#### 4. Bedeutung der Einkommensunterschiede

Eine wesentliche Determinante der Entwicklungspotentiale im Dienstleistungsbereich sind die in der Region erzielten bzw. wirksam werdenden Einkommen. Die Einkommensunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland sind zur Zeit noch sehr groß. 1990 erreichten die Bruttoeinkommen der Beschäftigten im Gebiet der ehemaligen DDR schätzungsweise nur etwa 40 vH des Wertes für die alte Bundesrepublik. Berücksichtigt man die höhere Erwerbsquote der Frauen und die relativ geringe Steuer- und Abgabenbelastung in Ostdeutschland, betragen die Haushaltsnettoeinkommen näherungsweise 60 vH des westdeutschen Niveaus (Gornig, Schwarze, Steinhöfel 1990).

Darüber hinaus liegt das Preisniveau bei einigen wesentlichen Konsumgütern — insbesondere im Bereich Wohnen — noch deutlich unter dem in Westdeutschland (Statistisches Bundesamt 1990). Bei den real verfügbaren Haushaltseinkommen, die entscheidend auch für die Nachfrage nach Dienstleistungen sind, ist daher der Abstand zur alten Bundesrepublik vermutlich noch geringer.

Für die künftige Entwicklung der Erwerbseinkommen in der ehemaligen DDR zeichnet sich eine Strategie der schnellen Anpassung des Lohnniveaus an westdeutsche

Verhältnisse ab (Bäcker u.a. 1990; Gornig, Schwarze 1990). Trotz steigender Erwerbseinkommen bestehen für die Entwicklung der regionalen Kaufkraft in den Städten und ihrem Umland erhebliche Unsicherheiten. So werden die Preise für bislang subventionierte Güter — wie Verkehr, Strom und Mieten — auf mittlere Frist stark steigen, und es werden nicht alle Einwohner von den steigenden Einkommen profitieren (Müller-Krumholz 1990; DIW 1991). Auch in der Stadt Brandenburg und seinem Umland wird, bedingt durch die ökonomischen Umstellungsschwierigkeiten in Industrie und Landwirtschaft, eine große Zahl der Beschäftigten von Arbeitslosigkeit betroffen sein. Dies erhöht den Grad der Unsicherheit über die Entwicklung der regionalen Kaufkraft und damit auch der Entwicklung der Dienstleistungen. Wie unterschiedlich sich die Beschäftigung in den letzten Jahrzehnten in den westdeutschen Vergleichsstädten entwickelt hat, zeigt Tabelle 3.

In der Tendenz ist die Entwicklung des Handels und der Dienstleistungen um so günstiger, je besser sich das produzierende Gewerbe behaupten kann. Besonders stark auf Beschäftigungseinbrüche in der Industrie und damit verbundenen Kaufkraft- und Nachfrageausfälle reagieren offenbar die Zweige Einzelhandel und Beratungsdienstleistungen. Während in Neumünster bei einem Rückgang der Industriebeschäftigung um über 25 vH der Einzelhandel und die Beratungsdienstleistungen fast stagnieren, steigt in Ingolstadt bei Ausweitung der Industrie die Beschäftigung im Handel um die Hälfte und bei Beratungsdienstleistungen auf das Fünffache.

Obwohl in den meisten Stadtregionen Ostdeutschlands — so auch in der Stadt Brandenburg und seinem Umland — erhebliche Gefahren für die Beschäftigung in der Industrie und Landwirtschaft bestehen, sollten dennoch die

Entwicklungsmöglichkeiten des Dienstleistungsbereichs nicht unterschätzt werden. Zum einen besteht durch die Anpassung an marktwirtschaftliche Verhältnisse auch bei deutlich geringerer Kaufkraft ein erheblicher Nachholbedarf; und zum anderen kann die regionale Kaufkraft durch Einkommenszuflüsse aus anderen Regionen gestützt werden. Von Bedeutung können hier Ausgaben von Touristen sein, aber auch gesamtstaatliche Transferzahlungen beispielsweise aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit.

Daß es auch erhebliche Spielräume für die Abkoppelung des Dienstleistungsbereichs von der Entwicklung des produzierenden Gewerbes in der Bundesrepublik Deutschland gibt, zeigt die Entwicklung in einigen Städten altindustrieller Ballungsgebiete: So hat sich in Dortmund trotz einer Halbierung der Industriebeschäftigung und damit verbundener hoher Arbeitslosigkeit und Abwanderung die Beschäftigtenzahl bei den Dienstleistungen von 1970 bis 1987 fast verdoppelt.

### 5. Anpassung der Kapazitäten im Dienstleistungsbereich

Bei der Bestimmung des Anpassungsbedarfs geht es zunächst um die Grundausstattung an Dienstleistungsaktivitäten, die eine Stadt in Westdeutschland in einer vergleichbaren wirtschaftsgeographischen Lage benötigt. Das heißt, welche personellen Kapazitäten müssen in einer Stadt, unabhängig von ihren spezifischen Schwerpunkten mindestens verfügbar sein, um Aufgaben eines Mittelzentrums zu erfüllen. Zur Abschätzung dieser Kapazitäten ist — für jeden Dienstleistungszweig getrennt — die geringste

Tabelle 3

Entwicklung der Beschäftigung in westdeutschen Städten von 1970 bis 1987

Wirtschaftszweige	Neumünster	Lüneburg	Aschaffenburg	Amberg	Ingolstadt	Rosenheim	Dortmund	altes Bundesgeb.
	Veränderung in vH							
Landwirtschaft <sup>1)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—42,0
Produzierendes Gewerbe <sup>2)</sup>	—26,3	—3,2	—9,3	—8,4	27,3	—2,0	—45,3	—18,6
Bauwirtschaft	—31,7	—10,3	—27,0	—18,1	36,5	9,1	—22,3	—12,6
Verkehrsgewerbe	—0,7	5,9	12,4	10,7	56,5	22,8	—5,1	5,5
Handel <sup>3)</sup>	9,7	31,9	13,2	8,0	44,3	38,4	—4,6	12,4
dar. Gastgewerbe	44,7	119,7	103,0	79,6	108,3	135,3	18,9	1,3
Einzelhandel	1,1	38,9	27,5	10,4	50,7	48,1	—3,3	14,3
Dienstleistungen <sup>4)</sup>	43,3	84,8	176,4	81,6	162,0	142,7	90,8	74,9
dar. Kreditinstitute	48,0	83,3	87,0	62,8	72,1	91,9	31,2	43,2
Beratungsdienstl.	6,9	46,3	132,2	76,2	510,6	168,9	6,3	220,7
Insgesamt	—3,8	28,8	21,0	—11,6	49,8	38,9	—5,7	5,9

<sup>1)</sup> In den Arbeitsstättenzählungen nur teilweise erfaßt. — <sup>2)</sup> Ohne Bauwirtschaft. — <sup>3)</sup> Einschließlich Gastgewerbe. — <sup>4)</sup> Einschließlich Staat, ohne Gastgewerbe.

Quellen: Arbeitsstättenzählungen der Bundesrepublik von 1970 und 1987; volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Bundesrepublik 1989; Berechnungen des DIW.

Beschäftigung je Einwohner einer der westdeutschen Vergleichsstädte auf Brandenburg übertragen worden.

Freilich muß es Ziel der Stadt Brandenburg sein, nicht nur Minimalstandards zu erreichen, sondern vergleichbare Verhältnisse wie in Westdeutschland herzustellen. Um zu veranschaulichen, welche Kapazitätsanpassungen hierzu notwendig würden, ist berechnet worden, welche Beschäftigtenzahl erreicht werden müßte, um die Ausstattung im Dienstleistungsbereich je Einwohner wie im Durchschnitt der westdeutschen Vergleichsstädte zu erreichen.

Die Berechnungen machen deutlich, daß die derzeitigen Kapazitäten im Dienstleistungsbereich Brandenburgs nicht ausreichen, die Aufgaben eines Oberzentrums wahrzunehmen. Auch wenn nur minimale Ausstattungsstandards erreicht werden sollen, müßte gegenüber 1989 die Beschäftigung in Handel und Dienstleistungen um fast 10 vH steigen. Vergleicht man die bisherigen Kapazitäten mit dem Durchschnitt westdeutscher Städte, wäre sogar ein Beschäftigungszuwachs von über 30 vH bzw. von etwa 5 00 Personen notwendig (Tabelle 4).

Besonders hoch ist der Zusatzbedarf im Kredit- und Versicherungswesen. Hier wäre zum Erreichen minimaler oder durchschnittlicher Ausstattungsstandards eine Verdreifachung bzw. Vervielfachung der personellen Kapazitäten erforderlich. Auch im Einzelhandel besteht ein großer Nachholbedarf. Bei einer minimalen Ausstattung läge die Beschäftigung gegenüber 1989 um 20 vH höher und bei

einer durchschnittlichen Ausstattung wäre sogar ein Beschäftigungszuwachs um 40 vH nötig. Parallel hierzu müßten dann auch die Kapazitäten im Großhandel deutlich ausgeweitet werden.

Anders sehen die Ergebnisse im Bereich sonstiger Dienstleistungen einschließlich Staat aus. Gegenwärtig liegen die personellen Kapazitäten um etwa 1 500 Personen über dem geringsten Wert in Westdeutschland. Erst wenn die Ausstattung in der Stadt Brandenburg durchschnittliche Verhältnisse wie in den westdeutschen Vergleichsstädten erreicht, würde die Beschäftigung höher liegen als 1989.

Über diese Betrachtung hinaus ist es zur Bestimmung des konkreten Zusatzbedarfs und der Umstrukturierungsanforderungen nötig, soweit als möglich auch die Kapazitätsanforderungen in den Einzelbereichen von Handel und Dienstleistungen zu betrachten. Das vorhandene statistische Material über die Beschäftigung in Brandenburg läßt allerdings eine differenzierte Zuordnung nur in Ausnahmefällen zu. Ein Vergleich der Kapazitätsanforderungen mit der Status quo-Situation ist daher nur bedingt möglich.

Für den Bereich Einzelhandel ohne Versandhandel wird beispielsweise dennoch deutlich, daß für die zukünftigen personellen Kapazitäten das Gastgewerbe eine wichtige Position einnimmt. Der Beschäftigungsanteil des Gastgewerbes am Einzelhandel beträgt sowohl bei minimaler als auch bei durchschnittlicher Ausstattung etwa 20 vH.

Tabelle 4

**Beschäftigungsbedarf im Dienstleistungsbereich**

Wirtschaftszweige	Brandenburg 1989	Bei minimalster Ausstattung aller Vergleichsstädte <sup>1)</sup>	Bei durchschnittlicher Ausstattung wie in den Vergleichsstädten <sup>1)</sup>
	Beschäftigte in Personen		
Groß- und Versandhandel	1 251	1 317	2 240
Einzelhandel <sup>2)</sup>	4 144	5 102	5 826
Warenhäuser	—	—	764
Lebensmittelmärkte	—	4 101 <sup>3)</sup>	304
übriger Einzelhandel	—	—	3 502
Gastgewerbe	—	1 001	1 256
Kredit-, und Versicherungswesen	329	1 016	1 251
Kreditinstitute	242	784	886
Versicherungsunternehmen	87	232	364
Sonstige Dienstleistungen <sup>4)</sup>	11 301	10 910	13 029
Beratungsdienstleistungen	—	898	1 507
Reinigung/Körperpflege	—	877	1 373
andere Dienstleistungen <sup>5)</sup>	10 668	9 135	10 149
Insgesamt	17 025	18 345	22 345

<sup>1)</sup> Beschäftigtenzahl in Brandenburg bei gleicher Ausstattung je Kopf unter Berücksichtigung unterschiedlicher Bevölkerungsdichte im Umland. — <sup>2)</sup> Einschließlich Gastgewerbe, ohne Versandhandel. — <sup>3)</sup> Aufgrund der hohen Substituierbarkeit ist der Minimalwert für die drei Bereiche zusammen bestimmt worden. — <sup>4)</sup> Einschließlich Staat, ohne Gastgewerbe. — <sup>5)</sup> Einschließlich Staat.

Quellen: Berufstätigenzählung der DDR 1989; Arbeitsstätten- und Volkszählung 1987 und Beschäftigtenstatistik 1987 und 1989 der Bundesrepublik; Berechnungen des DIW.

Auch scheint es für die künftigen städtebaulichen Aktivitäten wichtig, daß Warenhäuser und Supermärkte — so bedeutend diese Kapazitäten auch sind — durch den spezifischen Einzelhandel ergänzt werden müssen. Bei einer Ausstattung Brandenburgs oder anderer ostdeutscher Städte wie im Durchschnitt der westdeutschen Vergleichsstädte würde dieser Bereich die dreifachen personellen Kapazitäten von Warenhäusern und Lebensmittelmärkten binden. Zu berücksichtigen ist allerdings auch, daß sich in den einzelnen westdeutschen Städten sehr unterschiedliche Arbeitsteilungen zwischen diesen Sparten entwickelt haben, da offenbar eine hohe Substituierbarkeit besteht. Daher ist auch bei der Betrachtung des minimalen Ausstattungsniveaus auf eine Differenzierung nach den genannten Einzelhandelssparten verzichtet worden.

Besonders unterentwickelt ist in Brandenburg, wie in fast allen Städten der ehemaligen DDR, das Kredit- und Versicherungswesen. Die notwendigen personellen Kapazitäten sowohl bei Kreditinstituten als auch bei Versicherungsunternehmen liegen erheblich über denen Brandenburgs 1989. Deutlich wird dabei besonders die Grundfunktion des Kreditwesens in der Marktwirtschaft. In diesem Bereich gibt es deshalb kaum Unterschiede zwischen dem Beschäftigungsbedarf bei minimaler Ausstattung und dem bei durchschnittlicher Ausstattung vergleichbarer Städte.

Sehr unterschiedlich ist die Situation dagegen bei den sonstigen Dienstleistungen einschließlich Staat, für die sich im Vergleich zu den minimalen Kapazitätsanforderungen insgesamt ein personeller Überhang ergibt. Für den Bereich Beratung, ebenso wie für Reinigung und Körperpflege gilt dies allerdings nicht. Sollte hier die minimale oder durchschnittliche Ausstattung wie in den westdeutschen Vergleichsstädten erreicht werden, ist sogar eine Verdreifachung bzw. Verfünffachung der Personalkapazitäten erforderlich.

Die personelle Überbesetzung bezieht sich ausschließlich auf den Bereich solcher Dienstleistungen, in dem öffentlich-rechtliche Organisationsformen dominieren. Im Vergleich zur minimalen Ausstattung in westdeutschen Städten ergibt sich in Brandenburg eine um etwa 15 vH höhere Beschäftigung, die auch noch bei der Durchschnittsbetrachtung größer wäre als in Westdeutschland. Ursache hierfür ist vermutlich der hohe Beschäftigungsstand insbesondere im Gesundheits- und Sozialwesen der Städte der ehemaligen DDR.

## **6. Optionen für die Entwicklung des Dienstleistungsbereichs**

Neben den Grundfunktionen, die ein Ober- bzw. Mittelzentrum wahrzunehmen hat, besitzt darüber hinaus jede der westdeutschen Vergleichsstädte spezifische Schwerpunkte im Dienstleistungsbereich. Auch in den Städten Ostdeutschlands werden sich solche Schwerpunkte ent-

wickeln. Von den vielen denkbaren Optionen erscheinen für den Beispielsfall Brandenburg zwei Schwerpunkte besonders interessant.

Die Stadt Brandenburg ist bislang ein wichtiger Industriestandort in Ostdeutschland. Wie überall in der ehemaligen DDR sind jedoch komplementäre unternehmensorientierte Dienstleistungen der Industrie nicht aufgebaut worden. Allerdings ist die Industriestruktur mit über 50 vH der Beschäftigten einseitig auf die Schwerindustrie ausgerichtet, und auch andere für die Stadt wichtige Bereiche — wie das Bekleidungs-gewerbe — stehen vor großen Anpassungsproblemen. Sollte es dennoch gelingen — auch aufgrund der Nähe zum Ballungsraum Berlin-Potsdam und der guten Anbindung an die West-Ost-Verkehrsachsen — den Industriestandort Brandenburg fortzuentwickeln, ergeben sich daraus enorme Wachstumspotentiale bei Beratungs- und Finanzdienstleistungen.

Ein weiterer Dienstleistungsschwerpunkt könnte sich für die Stadt Brandenburg aufgrund ihres weitgehend unverbauten historischen Stadtkerns und ihrer Lage in einem der reizvollsten Naherholungsgebiete Berlins ergeben. Gelingt es, einerseits Brandenburg als Zentrum dieses Erholungsgebietes zu entwickeln und andererseits die Innenstadt Brandenburgs deutlich aufzuwerten, bestehen gute Möglichkeiten, vom besonders expansiven Bereich der Tages- und Kurzreisen zu profitieren. Längerfristig kommt bei einer Ausdehnung des Ballungsraums Berlin hinzu, daß die Stadt auch als Wohnsitz interessant wird. Wachstumsimpulse ergeben sich daraus vornehmlich für das Gastgewerbe, aber auch für den Einzelhandel und haushaltsorientierte Dienstleistungen.

Für die Quantifizierung der sich aus den beiden möglichen Dienstleistungsschwerpunkten ergebenden Beschäftigungspotentiale stellt sich die Frage, durch welche der westdeutschen Vergleichsstädte sie am ehesten nachgezeichnet werden können.

Im Fall des Aufbaus eines unternehmensorientierten Dienstleistungsschwerpunktes bei einer Fortentwicklung der Industriestruktur in Brandenburg könnte die Stadt Aschaffenburg geeignet sein. In der Stadt sind zwar heute nur noch knapp 35 vH der Beschäftigten in der Industrie tätig, aber 1970 waren es immerhin noch weit über 45 vH. Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten fast 50 vH der Industriebeschäftigten in der Textil- und Holzverarbeitung. Bis 1987 wurde in diesen Bereichen die Beschäftigungszahl fast halbiert. Dennoch gelang es, den Abbau der Industriebeschäftigung insgesamt durch die Stärkung des ebenfalls bedeutenden Maschinenbaus auf etwa 10 vH zu begrenzen und den Bereich unternehmensorientierter Dienstleistungen massiv auszubauen (vergleiche auch Tabelle 3).

Im Fall der Entwicklung eines Dienstleistungsschwerpunktes in Brandenburg, aufbauend auf Touristik- und Wohnfunktionen, könnte die Stadt Lüneburg Anhaltspunkte liefern. Sowohl die historische Altstadt als auch das



attraktive Umland verschaffen der Region einen hohen Freizeit- und Wohnwert. Der Beschäftigungsanteil von Handel und Dienstleistungen liegt dementsprechend heute in Lüneburg mit fast 70 vH weit über dem Durchschnitt vergleichbarer Städte. Die Bedeutung der Industrie ist in der Stadt mit einem Beschäftigungsanteil von etwas über 20 vH dagegen gering. Dies ist allerdings nicht Ausdruck eines massiven Beschäftigungsabbaus in den letzten Jahrzehnten, sondern gibt die traditionell schwache industrielle Prägung Lüneburgs wieder.

In Analogie zu der personellen Ausstattung im Dienstleistungsbereich in Aschaffenburg und Lüneburg lassen sich mögliche Beschäftigungspotentiale Brandenburgs bestimmen. Diese würden — Handel und Dienstleistungen zusammengefaßt — um bis zu 40 vH höher liegen als die entsprechende Beschäftigung in Brandenburg 1989. Das Beschäftigungsniveau insgesamt könnte demnach um nochmals 5 000 Personen höher liegen, als dies zur Erfüllung der Grundfunktionen im Dienstleistungsbereich notwendig wäre (Tabelle 5).

Von einer solchen Entwicklung würden alle Bereiche profitieren. Gegenüber der notwendigen Minimalausstattung wäre im Einzelhandel eine zusätzliche Beschäftigung von fast 600 bis 1 000 Personen nötig. Bei den Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen wären es über 300 Beschäftigte. Der Zusatzbedarf bei den sonstigen Dienstleistungen würde sogar bis zu 3 500 Personen reichen.

Die Unterschiede in den Dienstleistungsschwerpunkten, aufbauend auf einem leistungsfähigen Industriesektor (Aschaffenburg) oder einem hohen Freizeit- und Wohnwert (Lüneburg), lassen sich dabei weniger im Be-

schäftigungsniveau als mehr in der Beschäftigungsstruktur erkennen. Während bei einer Ausstattung wie in Aschaffenburg insbesondere Beratungs- und Finanzdienstleistungen gestärkt werden, profitiert bei einer Ausstattung wie in Lüneburg vorwiegend das Gastgewerbe. Aber auch der übrige Einzelhandel und andere haushaltsorientierte Dienstleistungen wie die Reinigung und Körperpflege würden an Bedeutung gewinnen.

## 7. Schlußfolgerungen

In den bisherigen Ausführungen ist versucht worden, Beschäftigungsbedarf und -optionen von Handel und Dienstleistungen in ostdeutschen Städten am Beispiel Brandenburgs darzustellen. Die quantitativen Abschätzungen beziehen sich aufgrund des Vergleichs mit westdeutschen Städten dabei eher auf die längere Frist. Die Entwicklung des Dienstleistungsbereichs wird aber auch in den Städten mehr oder weniger von den kurzfristigen Problemen der ökonomischen Umstrukturierung betroffen sein. Daher ist der Versuch unternommen worden, in einem Szenario die Entwicklung von Handel und Dienstleistungen auch in ihrer zeitlichen Dimension abzugreifen.

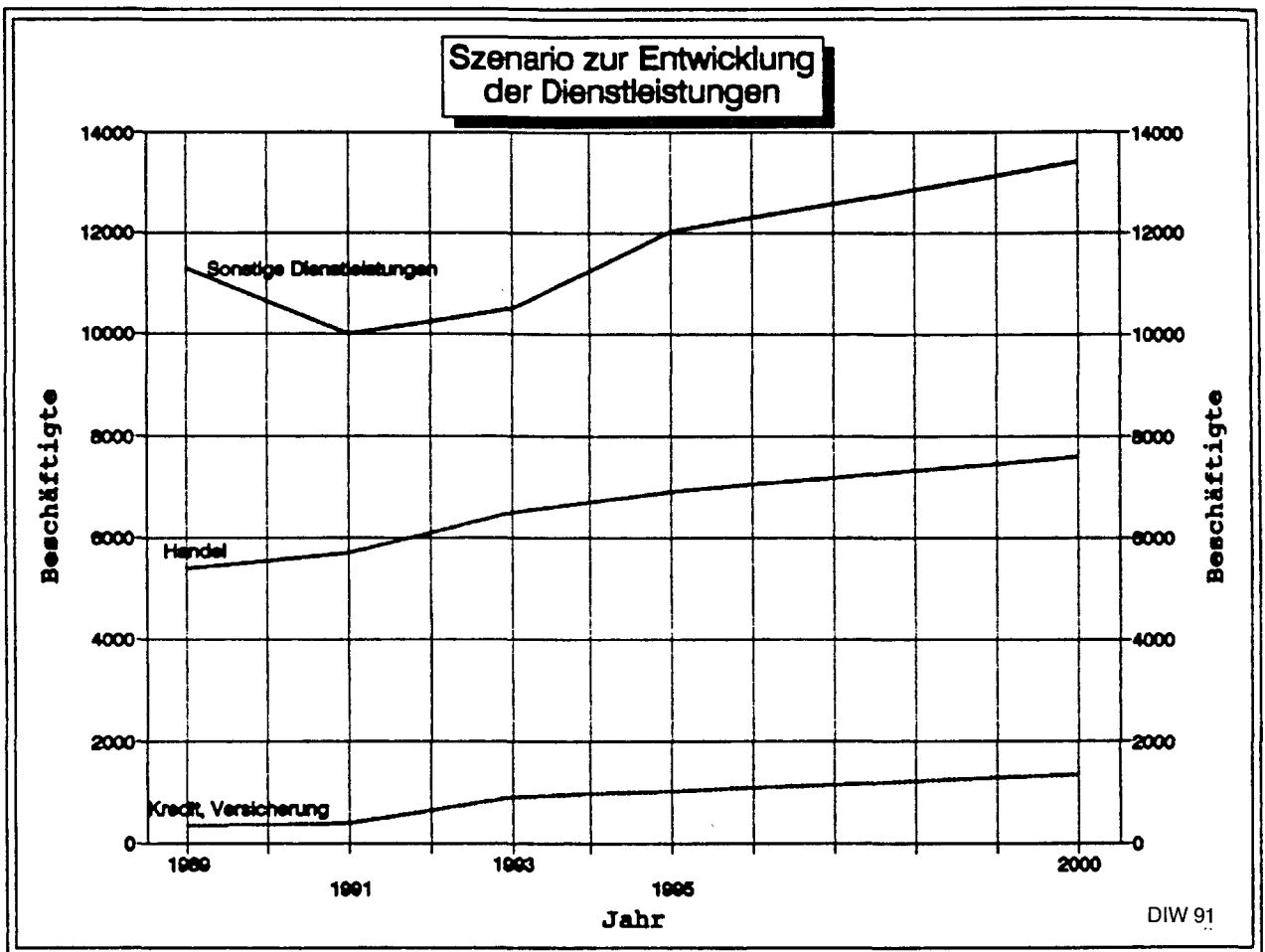
Im Einzelhandel läßt sich bereits jetzt erkennen, daß der erhebliche Nachholbedarf schon zu Kapazitätsausweitungen geführt hat. Die hohen Gewerbeanmeldungen in diesem Bereich und die teilweise enormen Gewerbemieten in innerstädtischen Lagen weisen darauf hin (Schubert 1990). Aufgrund von Engpässen bei den Flächen und der Qualifikation der erforderlichen Arbeitskräfte sowie

Tabelle 5

### Beschäftigungspotentiale im Dienstleistungsbereich

Wirtschaftszweige	Brandenburg 1989	Bei Ausstattung wie Aschaffenburg	Bei Ausstattung wie Lüneburg
	Beschäftigte in Personen		
Groß- und Versandhandel	1 251	2 961	1 930
Einzelhandel <sup>1)</sup>	4 144	5 642	6 205
Warenhäuser	—	889	545
Lebensmittelmärkte	—	318	530
übriger Einzelhandel	—	3 086	3 539
Gastgewerbe	—	1 350	1 591
Kredit-, und Versicherungswesen	329	1 348	1 360
Kreditinstitute	242	973	837
Versicherungsunternehmen	87	375	523
Sonstige Dienstleistungen <sup>2)</sup>	11 301	13 399	14 242
Beratungsdienstleistungen	—	1509	1 136
Reinigung/Körperpflege	—	951	1 445
andere Dienstleistungen <sup>3)</sup>	10 668	10 939	11 661
Insgesamt	17 025	23 350	23 737

<sup>1)</sup> Einschließlich Gastgewerbe, ohne Versandhandel. — <sup>2)</sup> Einschließlich Staat, ohne Gastgewerbe. — <sup>3)</sup> Einschließlich Staat.  
*Quellen:* Berufstätigenzählung der DDR 1989; Arbeitsstätten- und Volkszählung 1987 und Beschäftigtenstatistik 1987 und 1989 der Bundesrepublik; Berechnungen des DIW.



eines deutlichen Kaufkraftrückstandes wird die eigentliche Expansion in diesem Bereich allerdings erst mit einiger Verzögerung einsetzen. Parallel dazu werden auch noch bestehende Engpässe im Großhandel abzubauen sein. Ähnliches gilt für das Kredit- und Versicherungswesen. Allerdings wird die hohe Grundfunktion dieses Bereichs in einer marktwirtschaftlichen Ordnung zu einer rascheren Anpassung an westdeutsche Verhältnisse führen (Görzig, Gornig 1991).

Bei den sonstigen Dienstleistungen ist dagegen kurzfristig eine Abnahme der Beschäftigung zu erwarten. Die Finanzprobleme der Gebietskörperschaften zwingen vermutlich dazu, die Beschäftigung im Bereich administrativer und sozialer Dienstleistungen rasch zu reduzieren (Krähmer 1990; Teichmann, Vesper 1990). Die Beschäftigung in den privaten Dienstleistungsbereichen hingegen wird deutlich steigen. Der teilweise enorme Bedarf an Umqualifizierung und eine aufgrund der Umstellungsprobleme nur langsam wachsende Nachfrage nach unternehmens- und haushaltsorientierten Dienstleistungen führt allerdings dazu, daß die expansiven Effekte erst mittelfristig wirksam werden (DIW 1990).

Insgesamt wäre es schon ein Erfolg, wenn bis 1993 in Ostdeutschland die Mindeststandards bei Handel und Dienstleistungen vergleichbarer Städte in Westdeutschland erreicht würden. Im Vergleich zur personellen Ausstattung 1989 würden in dieser Phase die wesentlichen Wachstumsimpulse vom Handel und vom Kredit- und Versicherungswesen ausgehen. Nach 1993 wird sich das Wachstumstempo in diesen Bereichen allerdings abschwächen. Expansive Effekte werden in der Zeit nach 1993 voraussichtlich von den sonstigen privaten Dienstleistungen ausgehen. Die Beschäftigung bei Handel und Dienstleistungen insgesamt könnte dann bis zum Jahr 2000 in Brandenburg beispielsweise einen Umfang von insgesamt weit über 20 000 Beschäftigten erreichen.

Die unterschiedlichen Phasen der möglichen Entwicklung des Dienstleistungsbereichs in den Städten der ehemaligen DDR machen dabei die besonderen Anforderungen an die Stadtentwicklungsplanung deutlich. Einerseits müssen möglichst schnell die Voraussetzungen für die Entwicklung von Handel und Dienstleistungen geschaffen werden. Schon bald realisierbare Konzepte sind für die Veränderung der Flächenansprüche und Verkehrs-

ströme unerlässlich. Insbesondere Flächenausweisungen für den Handel werden notwendig sein, wenn man bedenkt, daß nicht nur die Beschäftigungszahlen derzeit in Ostdeutschland niedriger sind als in westdeutschen Städten, sondern auch die Verkaufsfläche je Beschäftigten (Bunge 1990). Andererseits ist die Stadtentwicklungsplanung ihrer Intention nach langfristig ausgerichtet, so daß

die kurzfristigen Lösungsansätze in ein auch auf längere Frist tragfähiges Konzept für die wachsende Bedeutung der Städte als Dienstleistungszentren eingebunden werden müssen. Hierbei wird es darauf ankommen, die Attraktivität der Innenstädte zu erhöhen und gleichzeitig die damit verbundenen Probleme beim Verkehr und dem steigenden Büroflächenbedarf zu bewältigen (Einem 1988).

## Literaturverzeichnis

- Bade, F.-J.*, 1987: Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen, Sonderhefte des DIW, Nr. 143.
- Bäcker, G. u.a.*, 1990: Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den ostdeutschen Ländern, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 11.
- Böventer, E.v.* 1987: Städtische Agglomerationen und regionale Wachstumszyklen, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Stadtentwicklung und Strukturwandel, Band 168.
- Boustedt, O.*, 1966: Die Entwicklung deutscher Stadtregionen 1939-1960, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, Heft 2.
- Bunge*, 1990: Die Innenstadt Brandenburgs als attraktives Einkaufszentrum, Kurzgutachten der Forschungsstelle für den Handel, Berlin.
- Croon, H.*, 1963: Zur Entwicklung der Städte im 19. und 20. Jahrhundert, in: Studium Generale, Heft 9.
- DIW*, 1991: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1991. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-3/91.
- DIW*, 1990: Quantitative Aspekte einer Reform von Wirtschaft und Finanzen in der DDR. Bearb.: Arbeitsgruppe DDR im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 17/90.
- Einem, E.v.*, 1988: Regionale Büroflächenentwicklung, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 5/6.
- Füllenkemper u.a.*, 1981: Gewerbeerosion in den Städten, Forschungsprojekte des BM Bau, RS II 1-704102 — 80.18.
- Görzig, B. und M. Gornig*, 1991: Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft. Beiträge zur Strukturforchung, Heft 121, 1991.
- Gornig, M., J. Schwarze und M. Steinhöfel*, 1990: Erwerbstätigkeit und Einkommen von Frauen in der DDR, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/90.
- Gornig, M. und J. Schwarze*, 1990: DDR: Hohe pauschale Lohnsteigerungen gefährden die Wettbewerbsfähigkeit, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 32.
- Gräber, H. u.a.*, 1986: Zur Bedeutung der externen Kontrolle für die regionale Entwicklung, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9/10.
- Güttler, H. u.a.*, 1989: Entwicklungstendenzen und aktuelle Probleme von Stadtregionen, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12.
- Heinz, W.*, 1990: Stadtentwicklung und Strukturwandel, Schriften des DifU, Berlin.
- Heuer, H.*, 1985: Instrumente kommunaler Gewerbepolitik, Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Band 73.
- Hull, C. und B. Hjern*, 1988: Helping small Firms Grow — An Implementation Approach, Gower.
- Krähmer, R.*, 1990: Administrative und finanzielle Probleme der Kommunen in den neuen ostdeutschen Ländern, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 11.
- Lange, D. u.a.*, 1990: Veränderung des Investitionsklimas in Ostdeutschland nach Einführung der DM, Institut für angewandte Wirtschaftsforschung, Berlin.
- Müller, U. und I. Pfeiffer*, 1990: Ökonomische und demographische Perspektiven der Wirtschaftsregion Berlin, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 27/90.
- Müller-Krumholz, K.*, 1990: Realeinkommensverluste in der DDR nach Einführung der Währungsunion wahrscheinlich, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 21/90.
- Neumann, H. und Hartmut Usbeck*, 1989: Trends und Perspektiven von Großstadtregionen, in: Petermanns Geographischen Mitteilungen, Heft 4.
- Peschel, K.*, 1989: Die Wirkungen der europäischen Integration auf die Raumentwicklung, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8/9.
- Scherf, K. u.a.*, 1990: Ökonomische und soziale Geographie der DDR, Gotha.
- Schreiner, D. u.a.*, 1990: Komplexe der Stadtentwicklung der Stadt Brandenburg, Teil I: Analyse und Planungsziele, Büro für Städtebau Potsdam.
- Schubert, W.*, 1990: DDR-Immobilien — zentrale Vorstellungen, in: Wirtschaftswoche Nr. 41.
- Statistisches Bundesamt*, 1990: Wirtschaft und Statistik, Heft 10.
- Teichmann, D. und D. Vesper*, 1990: Öffentliche Haushalte 1990/91: Hohe Belastung durch die deutsche Einigung, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 39/90.
- Vogler-Ludwig, K.*, 1990: Verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR, in: Ifo-Schnelldienst, Nr. 24.